

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1925 bei lögl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Zeile 10 Pfg., überhalb 200 Pfg. Überzeitungsgebühren 10 Pfg. Ausw. Anträge gegen Vorauszahlung.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Poltschek-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die voraussichtliche Regierungserklärung.

Oberlandesgerichtsrat Schuhmacher lehnt die angebotenen Ministerposten ab.

Geßler stellt sein Verhältnis zur Demokratischen Partei fest. — Eine Sanierungsaktion für Barmat von den Berliner Banken abgelehnt.

Die Ministerliste noch nicht vollständig.

Berlin, 16. Jan. In der bisher bekanntgegebenen Zusammenfassung des neuen Reichskabinetts ist keine Nennung eingetretener Oberlandesgerichtsrat Schuhmacher, dem das Justizministerium, zusammen mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete, angeboten worden war, hat abgelehnt, so daß also das Justizministerium noch unbesetzt ist, ebenso wie das Finanz- und das Verkehrsministerium.
Von Interesse ist eine Aeußerung Dr. Luthers am Donnerstag früh zu Mitgliedern der Volkspartei: Deutschland müsse aus dem Zustande der Fröhen herauskommen und drohende Gefahren abwenden. Ebenso verdient die Rolle die Meldung des Berliner Korrespondenten der „Völler Nationalzeitung“, Dr. Luther werde auch nach Meinung der linken Parteien länger am Ruder bleiben können, als man jetzt annehme.

Die für heute abend 8 Uhr angesetzte Reichstags-Sitzung wird nur von kurzer Dauer sein, da in dieser nur die Erklärung der neuen Regierung entgegen genommen wird. Diese Erklärung wird, wie verlautet, in knapper Form vor allem die Bedeutung der ausserpolitischen Aufgaben und damit die Notwendigkeit betonen, ein, wenn auch unvollständiges und nicht als Koalitionsministerium anzuprechendes Kabinett zu präsentieren, um ausserpolitisch wieder arbeitsfähig zu werden. Weiter dürfte Dr. Luther hervorheben, daß er trotz aller Widerstände, die sich ihm bei der Bildung seines Kabinetts entgegenstellten, auf die vertrauensvolle Mitwirkung aller Volkskreise rechnet, und er wird die Bitte aussprechen, das Kabinett erst nach seinen Taten zu beurteilen. Er werde sich ehrlich bemühen, den inneren Frieden zu wahren und die Verfassung zu beobachten.

Die Debatte über die Regierungserklärung soll morgen mittag 12 Uhr beginnen, bei welcher Gelegenheit auch Außenminister Dr. Stresemann zu der Kölner Frage das Wort ergreifen wird.

Zum Reichstag

Iraten vormittags nur die Deutschnationalen zu einer kurzen Fraktions-Sitzung zusammen, in der der bisherige Fraktionsvorsitzende und nunmehrige Reichsminister des Innern Schiele sein Vorstandsamt niederlegte und sich von der Fraktion verabschiedete. Die Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden findet heute nachmittag statt.

Ferner sind wieder etwa 60 Anträge aller Parteien eingegangen, darunter ein Antrag Becker-Arnöberg (Zentr.), der sich gegen die überhandnehmende Sonntagsarbeit wendet.

Geßler betont seine demokratische Parteizugehörigkeit.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 16. Jan. Reichswehrminister Dr. Geßler vertritt sich in einer Unterredung mit einem Vertreter des jüdischen Pressebüros gegen die Unterstellung, daß er die Umbildung des Kabinetts Marx sabotiert und sich sogar gegen die Ausnahme führenden Demokraten gewandt habe. Sein Standpunkt während des ganzen Verlaufs der Krise sei der gewesen, daß er aus persönlichen Gründen das größte Gewicht darauf gelegt habe, endlich einmal eine Zeit der Ruhe für sich zu haben und deshalb anzuschreiben, und daß er nur in ein Kabinett eintreten könnte, dem die demokratische Fraktion mindestens Neutralität bewahre.

Wenn er auch kein Mitglied der demokratischen Fraktion sei und deshalb seine Entschlüsse frei treffen könne, sei er doch Mitglied der Demokratischen Partei.

Er habe allerdings als Patriot das dringendste Interesse, kein Hindernis zu bilden, damit Deutschland aus dem gegenwärtigen unheilvollen Zustand herauskomme. Deshalb sei er schließlich bereit gewesen, seinerseits Opfer zu bringen, die ihn im Hinblick auf seine persönlichen Verhältnisse bebräuteten.

Wie das „F.“ aus der demokratischen Fraktion erfährt, kann Minister Geßler nicht darauf rechnen, daß durch seine Zugehörigkeit zum kommenden Kabinett Luther die demokratische Fraktion sich in irgendeiner Form beeinflussen lassen werde.

Dankschreiben des Reichspräsidenten an Marx.

(Durch Funkspruch.)

Berlin, 16. Jan. Der Reichspräsident hat an den aus dem Amte scheidenden Reichskanzler Marx nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Reichskanzler! Mit aufrichtigem Bedauern habe ich in Genehmigung Ihres Abschiedsgesuches mit dem beifolgenden Erlaß Sie von dem Amte des Reichskanzlers entbunden. Das Jahr, während dessen Sie die Regierung des Reiches geleitet haben, war eine Zeit enger wirtschaftlicher und politischer Krisen und harter Sorgen voller Arbeit. Aber diese Arbeit war nicht vergeblich. Sie brachte unserm Volke auf seinem Leidenswege zum ersten Male Linderung und Erfolg auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. Wie ich Ihnen schon am Neujahrstag zum Ausdruck bringen konnte, hat Sie, Herr Reichskanzler, reichen Anteil an den erreichten Fortschritten. Mit ruhiger und sicherer Hand, gestützt auf Ihre politische Erfahrung, und

unter Einsetzung Ihrer ganzen lautereren Persönlichkeit haben Sie die Geschäfte des Reiches so geführt, daß Sie sich Anspruch auf den Dank des gesamten deutschen Volkes erwerben. Ich weiß, daß Ihre schlichte Lebensart äußere Ehrungen und Dankesbeweise ablehnt und sich mit dem Gefühl der für das Vaterland getanen Pflicht begnügt. Es ist mir aber dennoch ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen namens des Reiches für alles zu danken, was Sie in dieser Zeit geleistet und erreicht haben und Sie zu bitten, stets meiner herzlichsten Wünsche verichert zu sein. Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin Ihr sehr ergebener ges. Ebert.

Wer wird Presse-Chef?

Der Reichstag gegen den Beamtencharakter dieses Postens. (Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 16. Jan. Als Nachfolger für den mit Reichskanzler Marx zurückgetretenen Ministerialdirektor Dr. Spiecker ist der Ministerialrat in der Reichskanzlei Kiep zum Pressechef der neuen Regierung auszuwählen. Geheimerat Kiep hat in England studiert, arabe Reisen gemacht und war bei der deutschen Vertretung in Budapest beschäftigt.

Die Stelle eines Ministerialdirektors ist im Etat der Reichskanzlei für 1925 wieder vorgesehen. Der Reichstag hatte diese Stelle als überflüssig bezeichnet, d. h. die Stelle sollte bei einem Personalwechsel entfallen werden. Der Reichstag hatte seinen Beschluß damit bearbeitet, daß es auf die Dauer für die Reichskasse nicht erträglich sei, die Aufgaben der obersten Leitung der Pressestelle einem Beamten zu übertragen, daß es sich vielmehr empfehlen, eine geeignete Persönlichkeit vertragsmäßig anzustellen, die zu geeigneter Zeit durch Kündigung von ihren Obliegenheiten entbunden werden könne. Es werde keiner Regierung verlangt werden können, dem Volke einem Manne ihres Vertrauens zu übertragen. Bei dem starken Verbrauch von Kabinetten könnten innerhalb eines Jahres mehrere Stelleninhaber nach und nach kurzzeitig mit dem Lebensansehen eines Ministerialdirektors ausgestattet werden, wie beispielsweise der Amtsvorläufer des jetzigen Stelleninhabers sich durch nur dreimonatigen Dienst in der Reichsverwaltung dieses Postens erworben habe. Die Reichsregierung erklärte in der Begründung des Etats die Gründe des Reichstags für nicht haltbar. Ein hervorragender Journalist, wie er für diesen Posten nötig sei, würde, wenn nach den Wünschen des Reichstags verfahren werde, ein erhöhtes Gehalt und eine möglichst weitgehende Kündigungsfreiheit verlangen.

Der Reichspressechef Ministerialrat Dr. Spiecker hat die erstens Entlassung mit einem warmen Schreiben des Reichspräsidenten Ebert erhalten.

Die Presse zum Kabinett Luther.

Die Berliner Presse schreibt.

Berlin, 16. Jan. Ueber das neugebildete Kabinett bemerkt die „Kreuzzeitung“: „Man sieht, wie ungerechtfertigt es war, von übermäßigen Ansprüchen der Deutschnationalen zu sprechen. Sie sind nie erhoben worden. Die Deutschnationalen, die ihrer Fraktionsstärke nach zum mindesten Anspruch auf vier Ministerstellen haben, begnügen sich mit einem parlamentarischen Minister. Die Partei hat das große Opfer gebracht, um die bürgerliche Schenkung zu ermöglichen und endlich aus dem für Volk und Reich verhängnisvollen Zustand der letzten Zeit herauszukommen. Die Kleinlichen, penibel wirkenden Bemühungen, die der endgültigen Bildung des Kabinetts Luther voranzutreiben und die wochenlange regierungslose Zeit haben nicht nur die Unzulänglichkeit, sondern auch die Gefährlichkeit des republikanisch-parlamentarischen Systems aufs neue dargelegt. Wenn jetzt ein Reichskabinett ericheint, dessen Minister in der Mehrzahl keine Parlamentarier sind, dann wird ihm dieser Umstand in der Folge nur Sympathien erwecken.“

Das Organ des Zentrums, die „Germania“, die aber hauptsächlich den linken Flügel des Zentrums vertritt, schreibt zum neuen Kabinett: „In weiten Kreisen der Zentrumspartei findet das Kabinett Luther eine, gelinde ausgedrückt, tüble Aufnahme. Die Zentrumswählerchaft ist voller Mißtrauen und Bedenken. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete ist von der Sorge bekränkt, es könnte das mühsam begonnene Geschäft endlicher Befreiung gefährdet und zurückgeworfen werden. Soziale Spannungen und Wörungen im Lande sind dem Kabinett nicht günstig. So beginnt die Regierung ihr Werk unter drohenden Himmel zu setzen. Die Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage, die Gefahr, daß eine länger andauernde Regierungskrise sich schließlich zu einer offenen Verfassungskrise hätte verwirklichen können, haben das Zentrum veranlaßt, das Zustandekommen dieser neuen Regierung anzufassen und sie durch parlamentarische Mittel zu ermöglichen. Diese parlamentarischen Mittel erlauben uns aber auch, die politische Linie, an die wir nicht gebunden sind, in jedem Augenblick nachzuprüfen und unser Verhalten danach einzurichten.“

Der „Vorwärts“ behauptet: „Empörung, Entrüstung und Erbitterung, das sind die Empfindungen, mit denen die deutsche Arbeiterchaft dieser Regierung gegenübertritt. Die Regierung ist nicht eine Eintagsmaske nationalitätlicher Ueberbannung und extrem monarchistischer Depravation, sie

Die Vorbereitung der Angriffe gegen Braun.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 16. Jan. Für die heutige Landtagssitzung liegen drei Anträge vor, von denen zwei als reine Mißtrauensvoten, einer als bedingtes Mißtrauensvotum anzusprechen sind.

Die Kommunisten greifen die bisherige Koalitionsregierung wegen ihrer angeblichen Arbeiterfeindschaft und der Durchbrechung des Achtstundentages an. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen wird u. a. bei der Wirtschaftspartei Unterstützung finden, außerdem bei den Böllischen, ob auch bei der Deutschen Volkspartei, ist noch fraglich. Sie hat einen eigenen Antrag eingebracht, der sich auf die Anwendung des Artikels 45 stützt und erklärt, daß die Regierung Braun der verfassungsrechtlichen Grundlage entbehre.

Das preußische Zentrum gegen einen Rücktritt Brauns.

Berlin, 16. Jan. Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages beschloß, an ihrem alten Standpunkt, daß eine Neuwahl des Landtages nicht die Notwendigkeit des Rücktritts des Kabinetts in sich schließt, festzuhalten. (W. Z. B.)

Der preußische Etat.

Berlin, 16. Jan. Das preußische Staatsministerium ließ dem Staatsrat den Entwurf des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1925 zugehen. Danach sind veranschlagt die Einnahmen auf 2830 294 766 R.-M., die Ausgaben auf 2830 294 766 R.-M. Das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben ist durch die Einstellung eines Ausgleichsfonds im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung in Höhe von 417 500 000 R.-M., Mehreinnahmen aus Reichsüberweisungssteuern und aus den Erhöhungen steuerlicher Einnahmen erreicht worden.

Der Evangelische Reichsausschuß der Deutschen.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Jan. Der Evangelische Reichsausschuß der Deutschnationalen Partei hielt heute im Reichstagsgebäude eine außerordentliche Sitzung ab, die sich hauptsächlich mit dem Kontrakt und den Kirchenverträgen Bayerns beschäftigte. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Strathmann erläuterte den Bericht. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache, die fortgesetzt werden soll, nachdem das endgültige Ergebnis des bairischen Landtages vorliegt. Außerdem wurde eine Entschließung angenommen, die die energische Vertretung der sittlichen Gesichtspunkte als der Grundbedingung der Befreiung unseres Volkes in der gesetzgeberischen Tätigkeit der Parlamente veranlangt.

ist der bitter ernste, auf die Teilnahme großer Parteien auszudehnte Versuch, eine entscheidende Kurwendebühne in Deutschland herbeizuführen. Diese Regierung ist also eine Gefahr für die deutsche Entwicklung, vor allem für die soziale Entwicklung in Deutschland.

Die Aufnahme des Kabinetts Luther im Ausland.

Berlin, 16. Jan. Die weitere Entwicklung der Dinge im Reich wird in der Auslands-Presse mit unerkennbarer Interessiertheit aufgenommen. Aus Paris liegen eine Anzahl Presseausgaben vor, die auf den einen Grundton gestimmt sind: Wenn der Dawes-Plan erfüllt wird, ist jedes deutsche Kabinett Frankreich recht.

Der „Matin“ spricht aus, daß auch ein Kabinett Luther nichts an der Haltung Frankreichs ändern wird, seinen Fuß nicht deutschen Boden mehr zu räumen, bevor Deutschland nicht reiflos entworfen ist.

Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik.

Das Urteil der Londoner Presse.

(Durch Funkspruch.)

London, 16. Jan. Die Blätter nehmen noch nicht in Zeitartikeln zu dem neuen deutschen Kabinett Stellung, sondern beschränken sich vorläufig auf die Wiederaufnahme der Ansichten ihrer Berliner Berichterstatter, die im ganzen dahin gehen, daß das Kabinett Luther vom Standpunkt der deutschen Innenpolitik aus einen Ausbruch nach rechts bedeute, daß aber die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik durch die Annahme des Kabinetts Luther über die Zusammenfassung der neuen deutschen Regierung besagt: „Wenn gleich die Verantwortung der neuen Männer keineswegs zu dem Vertrauen berechtigt, daß eine republikanische Politik befolgt werden wird, so besteht doch kein Zweifel, daß die Regierung die Außenpolitik Marx-Stresemann fortsetzen werde. Denn die beiden hervorragendsten Mitglieder des neuen Kabinetts sind Luther und Stresemann, die für die Londoner Abmachungen verantwortlich sind. Das Zentrum wird die Regierung sorgfältig beobachten und im Reichstag aktiv feindlich werden in dem Augenblick, wo es sich zeigt, daß die Regierung von der Außenpolitik der vorigen Regierung abweicht.“ (W. Z. B.)